

*Beschluss des Parteirats der Hessen-SPD vom 08.03.2006,
der fast fünf Stunden in Frankfurt getagt hat.*

"Aufbruch in die Soziale Moderne hat erst begonnen.

Die Rückgewinnung der Regierung ist unser Ziel!

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat am 27. Januar 2008 einen großen Erfolg bei der Landtagswahl errungen. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Politikwechsel gewollt, der mit mehr Bildungsgerechtigkeit, mehr sozialer Gerechtigkeit und Guter Arbeit sowie einer nachhaltigen Energiewende verbunden ist. Sie haben einen Politikwechsel gewählt, der das „System Koch“ beendet und durch einen neuen Politikstil ersetzt. Dieser Erfolg ist in hohem Maße mit dem Engagement und Wirken unserer Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti untrennbar verbunden. Sie hat der Partei und den Bürgerinnen und Bürgern neuen Mut und Zuversicht gegeben. Wählerwille und –auftrag waren eindeutig.

2. Der Parteirat stellt fest, dass sich der Landesvorstand intensiv um die Bildung einer stabilen Regierungsmehrheit im Hessischen Landtag bemüht hat. Die Haltung der FDP trotz zahlreicher Gesprächsangebote eine inhaltliche Diskussion über Hessens Zukunft beharrlich zu verweigern war und ist inakzeptabel. Die FDP-Spitzen Hahn und Westerwelle sind ihrer staatspolitischen Verantwortung nicht gerecht geworden.

3. Der Parteirat stellt fest, dass die CDU auch nach den Sondierungsgesprächen keinerlei Einsicht in ihre Fehlleistungen hatte. Die Positionierung der Hessen-CDU, wie sie in der Bad Wildungener Erklärung Ausdruck findet, dokumentiert die andauernden All-Machtsphantasien der Hessen-CDU, selbst nach einer historisch zu nennenden Niederlage. Die inhaltlichen und personellen Hürden für die Bildung einer Großen Koalition mit einer SPD als Juniorpartner sind und bleiben daher unüberbrückbar.

4. Folgerichtig haben der Landesvorstand und die Landtagsfraktion die Möglichkeit zur Bildung einer Minderheitsregierung geprüft. Der Parteirat erkennt ausdrücklich an, dass sich diese Entscheidung niemand leicht gemacht hat und niemand leichtfertig diesen Weg eingeschlagen hat. Landesvorstand und Landtagsfraktion haben die besondere Verantwortung für diesen Weg abgewogen und ihn als Ultima Ratio für gangbar gehalten. Insbesondere für unsere Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti war dieser Weg nicht einfach, da die größten politischen Risiken zu allererst bei ihr lagen. Dieser besonderen Verantwortung war sie sich erkennbar bewusst. Dieser Umgang verlangt Dank und Anerkennung.

5. Nach der Erklärung einer Abgeordneten, die sich an der entscheidenden Beratung in der Landtagsfraktion nicht beteiligt hat, sich diesem Weg nicht anzuschließen, hat Andrea Ypsilanti folgerichtig erklärt, dass sie nicht am 5. April als Ministerpräsidentin im Hessischen Landtag kandidiert.

6. Das Verhalten und die Umstände der Erklärung von Frau Metzger führen zu einer schweren Belastung für die SPD in Hessen. Insbesondere die vielen tausend Genossinnen und Genossen, die engagiert Wahlkampf gemacht haben, sind in diesen Stunden tief enttäuscht. Der Parteirat dankt allen Mitgliedern für diese Unterstützung. Ohne sie wäre der Erfolg am 27. Januar nicht möglich gewesen.

7. Der Aufbruch in die soziale Moderne ist mit dem schweren Rückschlag auf dem Weg zur Bildung einer Landesregierung unter Führung einer sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Andrea Ypsilanti weder beendet noch gescheitert. Der Aufbruch in die Soziale Moderne hat erst begonnen. Die hessische SPD wird mit Andrea Ypsilanti den angefangenen Neuaufbau auch gegen den Widerstand bezahlter Interessensvertreter/innen konsequent fortsetzen.

8. Andrea Ypsilanti genießt das volle Vertrauen der hessischen SPD und hat den Auftrag die künftige Regierungsbildung unter Führung der SPD herbeizuführen. Wir wollen Regierungsverantwortung für Hessen übernehmen.

9. Wir stehen gegenüber den Wählerinnen und Wählern weiterhin in der Pflicht, einen Politikwechsel in Hessen einzuleiten. Das bedeutet u.a.:

- eine bessere und gerechtere Bildungspolitik umsetzen,
- Die Abschaffung der Studiengebühren durchführen.
- Den Ausstieg aus der Atomenergie und die Abkehr von fossilen Großkraftwerken hin zu Erneuerbaren Energien vorantreiben.
- Mehr Prävention und eine bessere personelle Ausstattung von Polizei und Justiz verwirklichen.
- Das soziale Netz in Hessen neu knüpfen.
- Für „Gute Arbeit“ und Mindestlohn eintreten – Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder.
- Eine zukunftsfähige Mittelstandsförderung und gute Infrastrukturpolitik in Hessen verankern.

Deshalb werden wir alle parlamentarischen Möglichkeiten zur Umsetzung dieses Politikwechsels nutzen."